**Musterbrief an Bundestagskandidat\*innen und Abgeordnete zum Familiennachzug**

**#FamilienGehörenZusammen**

Sehr geehrte Frau…, sehr geehrter Herr

die Bundestagswahl rückt näher, Sie sind mitten im Wahlkampf – doch ein Thema ist aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden: die erzwungene Trennung von Flüchtlingsfamilien. Minderjährige Geflüchtete in Deutschland warten sehnsüchtig darauf, ihre Eltern wieder in den Arm nehmen zu können. Väter, die einen Schutzstatus zuerkannt bekommen haben, bangen um das Wohlergehen ihrer Frauen und Kinder, die in Kriegsgebieten oder überfüllten Flüchtlingslagern an Europas Außengrenzen ausharren. Tausende Familien sind zerrissen, in vielen Fällen bereits seit Jahren. Verzweifelte Erwachsene und Kinder warten in Lagern zum Beispiel in Griechenland, der Türkei und an anderen Orten. Denn derzeit dauern die Verfahren zum Familiennachzug meist jahrelang, oft müssen die Angehörigen schon viele Monate bis hin zu über einem Jahr warten, um überhaupt erst einmal einen Termin zur Beantragung eines Visums bei einer deutschen Auslandsvertretung zu bekommen.

*Ich /wir wende/n uns an Sie als Bundestagskandidat/ Bundestagskandidatin für unseren Wahlkreis (Name). Ich/Wir möchte/möchten* Sie für dieses wichtige Thema interessieren, zum Handeln auffordern und Ihre Meinung dazu hören.

*[Falls Sie in Ihrem Ort von einem konkreten Beispiel wissen: Auch bei uns wartet ….. seit ---Jahren auf seine Familie/Eltern……. Gern kommen wir mit … zu Ihnen, damit er/sie Ihnen persönlich von seinem/ihrem Schicksal berichten kann]*

*[Oder auf Medienberichte aus der Umgebung hinweisen, usw.]*

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass alle Familien in Deutschland wieder zusammen leben können, Schutzsuchende ebenso wie deutsche Staatsangehörige. Ein solcher Familiennachzug ist im Sinne des Grundrechts, Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ Da die Geflüchteten nicht in Staaten wie Syrien, Afghanistan und Eritrea zurückkehren können, muss die Familie in Deutschland zusammenkommen können. Und der Familiennachzug ist auch für das Zusammenleben in unseren Kommunen wichtig: Denn die dauerhafte Trennung von der Familie ist nicht nur unmenschlich, ständige Sorge und Angst um die Angehörigen behindern auch die Integration der allein lebenden Väter, Mütter und Kinder in Sprachkursen, Schule, Ausbildung oder am Arbeitsplatz.

Deshalb schlägt die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL in ihrer Kampagne #FamilienGehörenZusammen drei Lösungen vor:

Beim Familiennachzug sollte der Unterschied zwischen subsidiär geschützten Menschen und GFK-Flüchtlingen wieder aufgehoben werden. Subsidiär Geschützte – zum Beispiel Syrer, die vor Krieg, Terror und Folter fliehen – müssen mit GFK-Flüchtlingen (die zum Beispiel aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden und nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden) rechtlich gleichgestellt werden. Der Bundestag hatte leider 2016 das Recht auf Familiennachzug für subsidiär Geschützte für zwei Jahre ganz ausgesetzt und dann zum 1. August 2018 durch folgende Regelung ersetzt: Monatlich können bis zu 1.000 Angehörige nach Deutschland ziehen, aber selbst das ist kein Rechtsanspruch.

Zudem müsste das Auswärtige Amt eine digitale Antragstellung der Visumsanträge ermöglichen und das Verfahren zum Familiennachzug stärker nach Deutschland verlagern. Anstatt bei den unterbesetzten Auslandsvertretungen könnten Anträge auf Familiennachzug direkt im Auswärtigen Amt bearbeitet werden, und auch lokale Ausländerbehörden könnten durch das Vorabzustimmungsverfahren frühzeitig eingebunden werden. All das würde die unerträglichen Wartezeiten enorm verkürzen und funktioniert bereits bei zugewanderten Fachkräften so, die ihre Familien nachholen.

Auch dürfen minderjährige Geschwisterkinder nicht länger vom Familiennachzug ausgeschlossen werden: Wenn ein Kind oder Jugendlicher allein in Deutschland lebt, muss er oder sie das Recht haben, sowohl seine Eltern als auch seine Geschwister zu sich holen zu können. Denn jetzt stehen Eltern vor der Entscheidung, welche Kinder sie allein lassen: entweder ihre Kinder im Ausland oder das Kind in Deutschland.

Informationen dazu finden Sie unter <www.proasyl.de/thema/familiennachzug> auf der Homepage von PRO ASYL.

*Ich /Wir bitte/bitten* Sie, sich dafür stark zu machen, dass in Deutschland alle Familien wieder zusammenleben können.

Sehr gern *würde/würden ich/wir* Ihre Meinung dazu hören.

Mit freundlichen Grüßen